

Antrag

des Abg. Miguel Klauß u. a. AfD

Beseitigung von Kampfmitteln im räumlichen Bezug zur Verkehrsinfrastruktur

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Maßnahmen die Landesregierung ergreift, um im räumlichen Zusammenhang mit der Verkehrsinfrastruktur Blindgänger von Bomben vergangener Kriege zu finden und in der Folge sicher zu bergen;
2. wie viele Kampfmittel-Funde in Baden-Württemberg seit der Landesgründung am 25. April 1952 im räumlichen Zusammenhang mit der Verkehrsinfrastruktur erfasst sind (aufgeschlüsselt nach Jahren und weiter nach Fundorten bezüglich Straßen-, Schienen-, Schiffs- und Luftverkehr);
3. wie viele Blindgänger dabei entschärft werden konnten oder aber gesprengt werden mussten (in absoluten Zahlen und als prozentuale Angabe);
4. wie viele Stunden im Jahr dadurch der Verkehr gesperrt werden musste (jahresweise aufgeschlüsselt nach Straßen-, Schienen-, Schiffs- und Luftverkehr);
5. welche Kosten bei diesen Kampfmittel-Beseitigungen in den einzelnen Jahren angefallen sind;
6. wer die Kosten dieser Kampfmittel-Beseitigungen getragen hat;
7. wie sich private Eigentümer von Grundstücken gegen die Folgekosten unliebsamer Funde von Kampfmitteln wirksam schützen können;
8. auf welche Anzahl die noch zu bergenden Blindgänger im räumlichen Zusammenhang mit der Verkehrsinfrastruktur nach ihrer Kenntnis geschätzt werden;
9. welche Verkehrsinfrastruktur in welchen Regionen bzw. Gemeinden dabei konkret besonders betroffen ist;
10. wie sie die Ausbildungskapazitäten des Kampfmittelbeseitigungsdiensts Baden-Württemberg (KMBD) sichert, damit diesem hinreichend Personal zur Verfügung steht.

23.5.2024

Klauß, Klos, Goßner, Hörner, Lindenschmid AfD

Begründung

Wie der SWR am 17. April 2024 online berichtet hat, wurde aktuell in Rastatt ein Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg gesprengt. Gebäude innerhalb eines Radius von einem Kilometer mussten evakuiert werden, weil die Bombe nicht entschärft werden konnte, sondern gesprengt werden musste. Die Autobahn A 5, die Bundesstraße B 462 und die Bahnstrecke zwischen Karlsruhe und Rastatt waren über mehrere Stunden gesperrt. Auch nach der Sprengung gab es noch Staus und Verkehrsbehinderungen.

Dass Weltkriegsbomben gesprengt werden müssen, wird laut Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg (KMBD) zukünftig immer häufiger vorkommen. Denn Feuchtigkeit, Hitze und Kälte setzen den Bombenzündern seit Jahrzehnten zu. Dadurch würden die Bomben, die unter der Erde liegen, zunehmend instabil. Eine sichere Entschärfung sei dann nicht mehr möglich. Die Munition selbst wie auch die Munitionsbeseitigung wird also von Jahr zu Jahr gefährlicher.

Der KMBD ist im Regierungspräsidium Stuttgart angesiedelt und landesweit zuständig. Gemäß dessen Internetauftritt haben Grundstückseigentümer die Suche nach und die Bergung von Kampfmitteln selbst zu veranlassen. Der KMBD übernimmt im Rahmen seiner Kapazität und gegen vollständige Kostenerstattung durch den Auftraggeber die Beratung über vermutete Kampfmittel sowie die Suche nach und die Bergung von Kampfmitteln.

Der Berichts Antrag soll die Problematik von Bomben-Blindgängern im räumlichen Zusammenhang mit der Verkehrsinfrastruktur für den Verkehr zu Lande, zu Wasser und in der Luft erfassen.